FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT PEGNITZ

Haushaltsrede zum Haushalt 2027

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

es gibt einen einfachen Grundsatz, den jeder Unternehmer, jeder Häuslebauer und jeder private Haushalt kennt:

Die Rechnung kommt immer.

Man kann Investitionen verschieben.

Reparaturen aufschieben.

Entscheidungen vertagen.

Probleme verwalten, anstatt sie zu lösen.

Und man kann sich erstaunlich lange einreden, es werde schon irgendwie gut gehen.

Aber irgendwann kommt die Rechnung.

Und meine Damen und Herren:

In Pegnitz liegt sie inzwischen auf dem Tisch.

Unser Verwaltungshaushalt bewegt sich bei annähernd 39 Millionen Euro.

Aus eigener laufender Finanzkraft schaffen wir nach dem ursprünglichen Entwurf gerade einmal rund 825.000 Euro Zuführung zum Vermögenshaushalt.

Gut zwei Prozent.

Anders ausgedrückt:

Wir bewegen fast 39 Millionen Euro und am Ende bleiben von jedem Euro ungefähr zwei Cent für den Vermögenshaushalt übrig.

Das muss man erst einmal schaffen.

Dabei haben wir glücklicherweise noch nicht einmal eine Wirtschaftskrise in Pegnitz.

Wir profitieren von starken Gewerbesteuereinnahmen und der Einkommensteuerbeteiligung.

Ein kleiner Schnupfen bei unseren Einnahmen und dieser ohnehin geringe Spielraum ist verschwunden.

Pegnitz ist finanziell zum Schönwetterhaushalt geworden.

Wer bei Sonnenschein gerade noch über Wasser bleibt, hat seine Finanzen nicht im Griff.

Er hat nur noch keinen Sturm erlebt.

Und damit sind wir bei unserer Gewerbesteuer.

Unser Bürgermeister weist wiederholt darauf hin, dass die erfreuliche Entwicklung bei einzelnen Unternehmen auch auf seine persönlichen Gespräche zurückzuführen sei.

Das wollte ich verstehen.

Ganz ernsthaft.

Denn wenn unser Bürgermeister durch Gespräche mit Unternehmen rechtmäßig erhebliche zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen generieren kann, sage ich:

Hervorragend. Wie geht das?

Dann machen wir daraus eine Strategie.

Dann prüfen wir, bei welchen weiteren Unternehmen das ebenfalls funktioniert.

Dann reden wir über echte Wirtschaftspolitik.

Also habe ich nachgefragt.

Die Verwaltung bestätigt sinngemäß, dass entsprechende Gespräche stattgefunden haben.

Sie kann mir bislang aber weder erklären, welche konkreten Veränderungen bei den Unternehmen vorgenommen wurden noch ob sich die maßgeblichen Zerlegungsgrundlagen verändert haben.

Und genau da wird es interessant.

Denn beides gleichzeitig geht nicht:

„Meine Gespräche waren ursächlich."

Und auf die Frage, was durch diese Gespräche konkret verändert wurde:

„Das wissen wir nicht."

Entweder es gibt eine rechtlich zulässige Gestaltungsmöglichkeit.

Dann nennt sie uns.

Dann nutzen wir sie systematisch.

Oder es haben sich andere steuerlich relevante Umstände verändert.

Dann sollten wir sie kennen, bevor sich jemand den Erfolg ans Revers heftet.

Ich unterstelle niemandem irgendetwas.

Ich stelle nur eine einfache Frage:

Wie kann man sich einen Erfolg zurechnen, dessen Wirkungsmechanismus die eigene Verwaltung nicht erklären kann?

Eine Behauptung wird schließlich nicht dadurch richtiger, dass man sie oft genug wiederholt.

Ein prominentes Beispiel für dieses Kommunikationsprinzip regiert derzeit westlich des Atlantiks.

Aber zurück nach Pegnitz.

Steuern sind kein Basar.

Es gibt weder Mengenrabatt noch Bürgermeisterbonus.

Diejenigen, denen unser Dank für hohe Gewerbesteuereinnahmen zunächst gebührt, sind unsere erfolgreichen Unternehmen.

Sie erwirtschaften das Geld. Nicht das Rathaus.

Und deshalb geht mir diese permanente Neiddebatte inzwischen gewaltig auf die Nerven.

Gewinn gilt plötzlich als verdächtig. Vermögen ebenso. Und Erfolg muss sich rechtfertigen.

Wer mehr leistet, Risiken eingeht, Arbeitsplätze schafft und erfolgreich ist, wird nicht gefragt, wie man diesem Beispiel folgen könnte.

Man fragt lieber:

Was können wir ihm noch wegnehmen?

Das ist sozialistisches Gedankengut.

Aber ganz sicher keine Wachstumsstrategie.

Wir brauchen Unternehmer.

Leistungsträger.

Menschen, die investieren und Risiken eingehen.

Denn bevor die Politik einen Euro verteilen kann, muss ihn jemand erwirtschaftet haben.

Und nein, das Rathaus war es nicht.

Umso erstaunlicher finde ich die wiederkehrenden Träume unserer Sozialdemokraten von eigenen Stadtwerken.

Offenbar hält sich hartnäckig die Vorstellung:

Wenn der Staat etwas macht, wird es automatisch sozialer und günstiger.

Ich frage mich nur, aufgrund welcher historischen Erfahrung.

Strom wird nicht billiger, nur weil auf der Rechnung „Stadtwerke Pegnitz“ steht.

Und eine Kilowattstunde entwickelt kein soziales Gewissen, nur weil sie kommunal verkauft wird.

Vielleicht beweisen wir zunächst, dass wir unser CabrioSol wirtschaftlich erfolgreich führen können.

Dort scheint das Defizit beinahe Naturgesetz zu sein:

Schwerkraft.

Erdrotation.

Defizit CabrioSol.

Wir haben Vorschläge und eine Strategie präsentiert.

Die Mehrheit wollte sie nicht.

Das kann sie entscheiden.

„Weiter wie bisher“ ist zwar auch eine Entscheidung. Aber eine teure Entscheidung.

Ein Defizit ist keine Strategie.

Genau das führt uns zur Verwaltung.

Wir digitalisieren seit Jahren.

Computer.

Fachverfahren.

Onlinedienste.

Jetzt künstliche Intelligenz.

Alles richtig.

Aber wo bleibt die **Effizienzrendite**?

Digitalisierung bedeutet nicht:

Wir kaufen einen Computer und stellen anschließend noch jemanden ein, der ihn bedient.

Ein Unternehmen prüft ständig:

Was können wir automatisieren?

Was auslagern?

Wo helfen Werkverträge, Arbeitnehmerüberlassungen, Werkstudenten oder Ferienkräfte?

Welche Routineaufgaben kann künftig künstliche Intelligenz übernehmen?

Das ist ausdrücklich keine Kritik an unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Dort erlebe ich viel Engagement.

Das Problem sind nicht die Menschen im Apparat. Das Problem ist ein Apparat, der immer fetter wird.

Der Staat ist zu fett geworden.

Und Pegnitz hat leider kräftig mitgegessen.

Mehr Personal, höhere Kosten, komplexere Abläufe.

Aber welche messbare zusätzliche Leistung bekommen unsere Bürgerinnen und Bürger dafür?

Diese Frage muss erlaubt sein.

Denn Sparsamkeit ist eine bemerkenswerte politische Tugend.

Besonders beliebt ist sie immer dann, wenn **andere** damit anfangen sollen.

Bei der konstituierenden Sitzung haben wir als FWG Pegnitz gegen die Geschäftsordnung gestimmt.

Ein Grund waren die Entschädigungsregelungen.

Wir wollten Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen auf das Niveau von 2014 zurückführen.

Nicht, weil das unseren Haushalt saniert hätte.

Sondern weil:

Wer anderen Sparsamkeit verordnet, sollte mit gutem Beispiel voran gehen.

Die Mehrheit sah das anders.

Bei den eigenen Entschädigungen entschied man sich dafür, den möglichen Rahmen voll auszuschöpfen.

Beim Zweiten und Dritten Bürgermeister sprechen wir über Ehrenämter.

Der Erste Bürgermeister ist hauptamtlicher Wahlbeamter und wird für sein Amt alles andere als schlecht alimentiert.

Und trotzdem lautete die Botschaft sinngemäß:

Wenn schon, denn schon. Wenn es geht, nehmen wir das Maximum.

Kann man machen.

Aber dann sollte man den Bürgerinnen und Bürgern mit etwas mehr Demut erklären, weshalb **sie** den Gürtel enger schnallen sollen.

Finanziell reden wir nicht über die Rettung unseres Haushalts.

Politisch reden wir über Glaubwürdigkeit.

Und Glaubwürdigkeit kann man nicht beschließen.

Man muss sie vorleben.

Dazu gehört auch, dass man Beschlüsse umsetzt.

Zum Beispiel der Beschluss zur Altbürgermeisterwürde von Hr. Raab.

Bis heute ist dieser Beschluss nach meinem Kenntnisstand nicht vollzogen.

Ein Stadtratsbeschluss ist kein unverbindlicher Wunschzettel an den Bürgermeister.

Und wenn ausgerechnet derjenige, der den Beschluss auf den Weg gebracht hat, ihn sechs Jahre später noch immer nicht vollzogen hat, darf man schon fragen:

War das damals eine ernst gemeinte Würdigung oder ist der Beschluss dem Bürgermeister inzwischen selbst peinlich?

Auch Glaubwürdigkeit hat eine Haltbarkeitsdauer.

Und diese wird nicht länger, wenn Beschlüsse jahrelang liegen bleiben.

Ein weiteres Beispiel ist die Ganztagsbetreuung.

Seit 2021 kennen wir den kommenden Rechtsanspruch.

Jetzt planen wir mehr als 230.000 Euro für Umbaumaßnahmen, obwohl die Grundsatzentscheidung über die zukünftige Betreuungsform nach unserem Verständnis noch nicht abschließend getroffen wurde.

Wir bezahlen möglicherweise zuerst, und entscheiden anschließend, was wir eigentlich bestellen wollten.

Sollten sich Teile dieser Investition durch eine andere Betreuungsform später als unnötig erweisen, wäre das kein Schicksalsschlag.

Dann wurde das Thema verschlafen und der Steuerzahler bezahlt den Wecker.

Herr Bürgermeister, Sie sind Chef dieser Verwaltung.

Führung bedeutet nicht, ein Problem zu erklären, wenn es da ist.

Führung bedeutet, dafür zu sorgen, dass es möglichst gar nicht erst entsteht.

Beim Eisstadion haben wir immerhin eines erreicht:

Zeit.

Die Verpachtung vor längerer Zeit war sinnvoll.

Aber:

Wir haben Zeit gekauft. Keine Lösung.

Das Gebäude wird durch einen Pachtvertrag nicht jünger.

Der Sanierungsbedarf verschwindet nicht.

Das Thema kommt zurück.

Nutzen wir die Zeit nicht, werden wir später nicht einfach überrascht.

Wir hätten einfach nur besonders lange weggeschaut.

Beim Feuerwehrwesen mache ich es heute kürzer.

Unsere Ehrenamtlichen verdienen Respekt.

Meine Kritik richtet sich gegen politische Prioritäten.

Was ist Pflicht?

Was brauchen wir tatsächlich?

Was gehört zum Landkreis?

Was können wir uns leisten?

Und was wäre zwar schön, aber nicht notwendig?

Manchmal hatte man den Eindruck, zum vollkommenen Feuerwehrglück fehle Pegnitz lediglich der eigene Löschhubschrauber.

Deshalb waren die Anpassungen im Haushalt richtig.

Denn ein Wort muss Politik wieder lernen:

Nein.

Wer niemals Nein sagt, führt nicht.

Er verteilt nur das Geld anderer Leute.

Und dann haben wir einen genehmigungsfreien Haushalt.

Schön.

Aber:

Genehmigungsfrei ist kein Qualitätssiegel.

Bei vergangenen Haushalten dauerten Genehmigungsverfahren teilweise Monate.

Gerne wurde die Rechtsaufsicht dafür verantwortlich gemacht.

Vielleicht dauerte eine Prüfung aber auch einfach deswegen länger, weil mehrfach nachgebessert werden musste.

Wer mehrere Anläufe benötigt, sollte sich anschließend nicht über die Dauer der Prüfung beschweren.

Dieser Haushalt ist nicht plötzlich strukturell gesund.

Er profitiert von Einsparungen und Einmaleffekten.

Ein Einmaleffekt saniert aber keinen Haushalt. Er verschiebt nur den nächsten Kassensturz.

Das führt zur Blumenstraße.

Wir als FWG Pegnitz sind für den Verkauf.

Wir waren es vor der Wahl.

Wir sind es nach der Wahl.

Bei uns bekommt der Wähler nach der Wahl das, was wir ihm vor der Wahl angekündigt haben.

Über Mieterschutz und Verkaufsbedingungen kann man diskutieren.

Aber wir vertreten rund 14.000 Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb frage ich:

Dürfen wir einigen wenigen einen finanziellen Vorteil verschaffen, indem wir gleichzeitig 14.000 Bürgerinnen und Bürger auf einen möglichen Verkaufserlös verzichten lassen?

Das ist keine Attacke gegen Mieter.

Es ist eine Frage an uns Stadträte.

Wir haben geschworen, Schaden von unserer Stadt abzuwenden.

Dürfen wir kommunales Vermögen unter Wert verkaufen, wenn der Nachteil bei allen Bürgerinnen und Bürgern hängen bleibt?

Geht das mit unserem Amtseid zusammen?

Diese Frage sollte sich jeder selbst beantworten.

Denn dieses Geld fehlt anschließend.

Bei Straßen.

Bei Schulen.

Bei Kinderbetreuung.

Soziale Wohltaten mit fremdem Geld bleiben trotzdem Ausgaben.

Und gerade bei den Investitionen kommen wir zum vielleicht absurdesten Teil unseres Haushalts.

2026 hatten wir nach den mir vorliegenden Zahlen rund 19,9 Millionen Euro Investitionsansatz.

Im Herbst waren davon noch rund 16,8 Millionen Euro unverbraucht.

Rechnerisch waren etwa 15,6 Prozent abgeflossen.

Oder anders:

Rund 84 Prozent waren noch da.

Natürlich ist Mittelabfluss nicht automatisch Projektfortschritt.

Aber wenn Mitte November 84 Prozent unverbraucht sind, darf man fragen:

Was planen wir hier eigentlich? Investitionen oder gute Vorsätze?

Bei einem Investitionsprogramm dieser Größenordnung müsste im ganzen Stadtgebiet gebaut werden.

Pegnitz müsste voller Baukräne stehen.

Stattdessen lautet das Bild:

Auf dem Papier Millioneninvestitionen. In der Realität erstaunlich wenige Baukräne.

Und nun erhalten wir nach der jüngsten öffentlichen Mitteilung weitere **4,5 Millionen Euro Stabilisierungshilfe**.

Rund 500.000 Euro sollen der Tilgung dienen.

Rund vier Millionen Euro stehen für Investitionen zur Verfügung.

Diese Hilfe konnte im Haushalt 2027 selbstverständlich noch nicht berücksichtigt werden.

Das ist völlig nachvollziehbar.

Nur entsteht dadurch eine bemerkenswerte Situation:

Wir bekommen vier Millionen Euro zusätzlich für Investitionen und haben noch kein zusätzliches Projekt dafür.

Geld wäre also da.

Und mögliche Projekte hätten wir durchaus.

Zum Beispiel das von uns beantragte und vom Stadtrat mehrheitlich beschlossene **Haus für Kinder**.

Dieses Projekt könnte nun endlich konkret werden.

Nicht irgendwann.

Nicht in der nächsten Finanzplanung.

Nicht als weiterer Haushaltsrest.

Jetzt.

Und wenn wir ein solches Haus neu denken, dann bitte zukunftsorientiert.

Dazu gehört für uns auch die Prüfung einer zentralen, modernen Essensversorgung für unsere Einrichtungen.

Für Kinderbetreuung, Schulen und weitere kommunale Angebote.

Das wäre ein Projekt mit echtem Mehrwert.

Vier Millionen Euro Hilfe dürfen nicht zu vier Millionen Euro zusätzlichem Kontostand werden.

Denn unser Problem ist nicht, dass wir zu wenig Geld auf dem Konto haben.

Unser Problem ist, dass wir beschlossenes Geld nicht auf die Baustelle bekommen.

Deshalb lautet meine Erwartung an die Rathausspitze:

Aus der Stabilisierungshilfe muss Stabilisierung durch Investition werden und nicht Stabilisierung durch Unterlassung.

Herr Bürgermeister, jetzt gibt es keine Ausrede mehr.

Das Geld kommt.

Der Stadtratsbeschluss für das Haus für Kinder existiert.

Der Bedarf existiert.

Jetzt muss endlich auch das Projekt kommen.

Sonst haben wir Ende 2027 die nächste Erfolgsmeldung:

Noch mehr Liquidität.

Noch mehr Haushaltsreste.

Und noch immer zu wenige Baukräne.

Genau dieses Problem zeigt sich bei der Einfädelspur am Diska Markt.

Der damalige Verkehrsausschuss hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen.

Der Bürgermeister war dagegen.

Das ist sein Recht.

Aber nach der Abstimmung gilt der Mehrheitsbeschluss.

Die Mittel kamen erst später in die Finanzplanung, dann in den Haushalt.

Umgesetzt ist die Maßnahme bis heute nicht.

Wie viele Haushaltsjahre muss ein Stadtratsbeschluss eigentlich überleben, bevor ihn die Verwaltung umsetzt?

Andere verkehrspolitische Maßnahmen aus derselben Zeit konnten offensichtlich wesentlich schneller realisiert werden.

Deshalb darf niemals der Eindruck entstehen:

Was dem Bürgermeister politisch gefällt, wird umgesetzt. Was politisch nicht gefällt, wird verwaltet.

Denn der Stadtrat stimmt nicht zur Unterhaltung ab.

Ähnlich ist es beim Flurweg in Büchenbach.

Unser Antrag wurde frühzeitig gestellt, gerade weil er für den Haushalt 2027 relevant ist.

Der Bürgermeister darf ihn ablehnen.

Die Verwaltung darf ihn kritisch sehen.

Der ganze Stadtrat darf dagegen stimmen.

Aber dann muss darüber entschieden werden.

Ein Antrag darf nicht dadurch erledigt werden, dass seine Behandlung so lange verschoben wird, bis der relevante Zeitpunkt vorbei ist.

Sonst stellt sich die Frage:

Wer entscheidet in dieser Stadt eigentlich?

Der Stadtrat?

Oder derjenige, der bestimmen kann, wann eine Entscheidung auf die Tagesordnung kommt und wann sie umgesetzt wird?

Und damit sind wir bei den Haushaltsresten.

Wir verabschieden faktisch zwei Haushalte.

Den Haushalt 2027.

Und einen zweiten Haushalt aus alten Ausgaberesten.

Haushaltsreste sind notwendig.

Aber sie dürfen keine kommunale Vorratskammer werden:

Geld einstellen.

Projekt nicht schaffen.

Rest bilden.

Weitertragen.

Irgendwann sehen wir weiter.

Zu den rund 16,8 Millionen Euro unverbrauchter Investitionsmittel kommen knapp zehn Millionen Euro Haushaltsreste.

Zusammen rund 26,8 Millionen Euro.

Dem stehen etwa 20 Millionen Euro liquide Mittel gegenüber.

Nicht alles wird gleichzeitig fällig.

Aber gerade deshalb muss der Stadtrat wissen, wann welche Rechnung kommt und womit sie bezahlt werden soll.

Bei jedem wesentlichen Haushaltsrest möchte ich deshalb wissen:

Wann erstmals veranschlagt?

Warum nicht umgesetzt?

Wie oft übertragen?

Noch erforderlich?

Noch wirtschaftlich?

Vertraglich gebunden?

Wann zahlungswirksam?

Und wie finanziert?

Meine Regel wäre:

Nicht umgesetzt? Neu prüfen. Neu priorisieren. Neu veranschlagen.

Vielleicht würde dann sichtbar:

Wir haben mehr Projekte beschlossen, als wir bezahlen oder umsetzen können.

Und unsere hohe Liquidität ist deshalb nicht nur Zeichen von Sparsamkeit.

Ein Teil liegt dort, weil Investitionen nicht stattgefunden haben.

Unser Kontostand ist zum Teil der sichtbare Beweis unserer Umsetzungsschwäche.

Damit kommen wir zum Abwasserwerk.

Seit Jahren sagen wir:

Es ist wirtschaftlich widersinnig, Forderungen des Eigenbetriebs gegenüber der Stadtkasse über Jahrzehnte zu strecken.

Auf einer Seite liegt Geld mit geringer Verzinsung.

Auf der anderen Seite wird Geld teuer aufgenommen.

Wir bezahlen Zinsen, damit unser eigenes Geld liegen bleiben kann.

Inzwischen soll die Forderung innerhalb von vier Jahren beglichen werden.

Das ist richtig.

Diese Kurskorrektur erkennen wir ausdrücklich an.

Manche Erkenntnisse brauchen in Pegnitz eben etwas länger, bis sie mehrheitsfähig werden.

Wir kennen das.

Deshalb sprechen wir Probleme an, bevor dies bequem ist.

Dafür bekommt man selten Applaus.

Aber kommunale Politik braucht kein bequemes Rückgrat.

Sie braucht überhaupt erst einmal eines.

An dieser Stelle muss ich nochmals zur Stabilisierungshilfe zurückkommen.

Nicht wegen der alten Diskussion.

Die habe ich oft genug öffentlich geführt.

Sondern wegen einer neuen Auskunft der Verwaltung.

Damals wurde der Verzicht auf eine Antragstellung unter anderem damit begründet, es gebe keinen ausreichend großen Kredit, der mit der Hilfe konkret abgelöst werden könne.

Nach der aktuellen Auskunft stellt sich für mich nun heraus, dass weder ein bestimmter Kredit noch ein bestimmtes Investitionsprojekt dauerhaft mit der abschließend gewährten Hilfe verbunden sein muss.

Sollte dieses Verständnis zutreffen, erscheint die damalige Begründung in einem völlig anderen Licht.

Ich habe bereits damals öffentlich den Verdacht geäußert:

Der Antrag wurde schlicht vergessen.

Die neue Auskunft hat diesen Eindruck jedenfalls nicht kleiner gemacht.

Man kann über die damals mögliche Förderhöhe spekulieren.

Vielleicht wäre sie niedriger gewesen.

Aber eines steht fest:

Wer keinen Antrag stellt, erhält mit hundertprozentiger Sicherheit keinen Euro.

Und wenn uns heute erneut 4,5 Millionen Euro erreichen, sehen wir, welchen Wert dieses Förderinstrument für Pegnitz haben kann.

Danke an den Freistaat Bayern.

Aber zur politischen Wahrheit gehört auch:

Fördermittel helfen nur, wenn man sie beantragt. Und Investitionsmittel helfen nur, wenn man sie investiert.

Dann ist da unser Landkreis.

RIZ.

Ochsenkopf.

Klinikum.

Bürgschaften.

Großprojekte.

Steigende Kreisumlage.

Die Kreisumlage ist keine Naturkatastrophe. Sie ist die Rechnung politischer Entscheidungen.

Diese Entscheidungen treffen Mehrheiten im Kreistag.

Auch Mandatsträger aus Pegnitz.

Deshalb frage ich:

Wie stimmt ihr dort ab?

Wo fordert ihr Einsparungen?

Wo hinterfragt ihr Standards?

Wo sagt ihr Nein?

In Bayreuth die Hand heben und in Pegnitz über die Rechnung jammern, das passt nicht zusammen.

Beim Klinikum müssen die finanziellen Risiken auf den Tisch.

Was geschieht mit den Bürgschaften?

Welche Risiken übernimmt ein privater Partner?

Welche verbleiben beim Landkreis?

Was landet am Ende über die Kreisumlage bei uns?

Privatisierung darf nicht bedeuten:

Gewinne privat. Risiken kommunal.

Das wäre betreutes Unternehmertum auf Kosten des Steuerzahlers.

Und vielleicht hätte man unserem Hans früher zuhören sollen.

Man kann Warner lange als Schwarzmaler abtun.

Die Wirklichkeit lässt sich davon nicht beeindrucken.

Meine Damen und Herren,

diese Haushaltswirtschaft lässt sich auf einen Befund reduzieren:

Pegnitz hat kein Erkenntnisproblem. Pegnitz hat ein Umsetzungsproblem.

Wir wissen viel.

Wir setzen zu wenig davon um.

Verantwortung dafür trägt nicht der Sachbearbeiter im Rathaus.

Verantwortung trägt die Führung.

Deshalb, Herr Bürgermeister, ist dieser Haushalt auch Ihre Bilanz.

Die positiven Einnahmen gehören dazu.

Aber ebenso:

Nicht umgesetzten Investitionen.

Haushaltsreste.

Verspätete Entscheidungen.

Nicht vollzogene Stadtratsbeschlüsse.

Steigende Kosten.

Fehlende Effizienzrendite.

Wer Erfolge für sich beansprucht, muss auch Verantwortung für das übernehmen, was nicht funktioniert.

Das ist keine persönliche Attacke.

Das ist die Stellenbeschreibung eines Rathauschefs.

Wir haben lange mit der Frage gerungen, wie wir über diese Haushalt abstimmen.

Denn Verbesserungen sind vorhanden.

Anpassungen bei den Feuerwehrausgaben.

Der geplante Verkauf der Blumenstraße.

Die schnellere Begleichung der Forderungen des Abwasserwerks.

Oder die Tilgungen mit Hilfe des Freistaates.

Das erkennen wir an.

Aber richtige Einzelentscheidungen machen aus einer falschen Grundrichtung noch keinen guten Haushalt.

Der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik einer Mehrheit.

Und diese Grundrichtung teilen wir nicht.

Eine Demokratie lebt von Alternativen.

Von unterschiedlichen Prioritäten.

Von Widerspruch.

Nichts wäre politisch bedenklicher als Einstimmigkeit aus Gewohnheit.

Denn dann müssten sich die Bürgerinnen und Bürger irgendwann fragen, weshalb sie überhaupt zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen wählen sollen.

Wir glauben nicht, dass sich die notwendigen Veränderungen von selbst einstellen, wenn wir nach jeder fundamentalen Kritik am Ende trotzdem signalisieren:

Auf unsere Zustimmung könnt ihr zählen.

Unser politischer Druck hat bereits positive Veränderungen bewirkt.

Beim Abwasserwerk.

Bei der Blumenstraße.

Beim Feuerwehrwesen.

Und bei anderen unbequemen Themen.

Deshalb haben wir entschieden:

Die FWG Pegnitz wird dem Haushalt 2027 nicht zustimmen.

Nicht gegen Pegnitz.

Sondern weil Pegnitz einen anderen Kurs braucht.

Unser Nein bedeutet nicht:

Alles ist falsch.

Unser Nein bedeutet:

So reicht es uns nicht.

Nicht genug Umsetzung.

Nicht genug Priorisierung.

Nicht genug Wirtschaftlichkeit.

Nicht genug Respekt vor den Stadtratsbeschlüssen.

Und zu große Unterschiede zwischen Haushaltsplanung und Wirklichkeit.

Bei diesen Investitionsmitteln müsste Pegnitz voller Baukräne stehen.

Stattdessen sind unsere Haushaltsreste voller Zahlen.

Und nun kommen weitere vier Millionen Euro für Investitionen hinzu.

Deshalb lautet unsere Forderung:

Mehr Haus für Kinder. Mehr Zukunft. Mehr Baukräne. Weniger Haushaltsreste.

Mehr fertige Projekte.

Weniger gute Vorsätze.

Mehr Ergebnisse.

Weniger Eigenlob.

Und vor allem:

Mehr Machen.

Ein Haushalt ist kein Wunschzettel.

Er ist ein Arbeitsauftrag.

Und unsere Ablehnung sagt heute:

Dieser Arbeitsauftrag braucht einen Kurswechsel.

Vielen Dank.

Claus Spieler
Fraktionsvorsitzender FWG Pegnitz

Es gilt das gesprochene Wort!